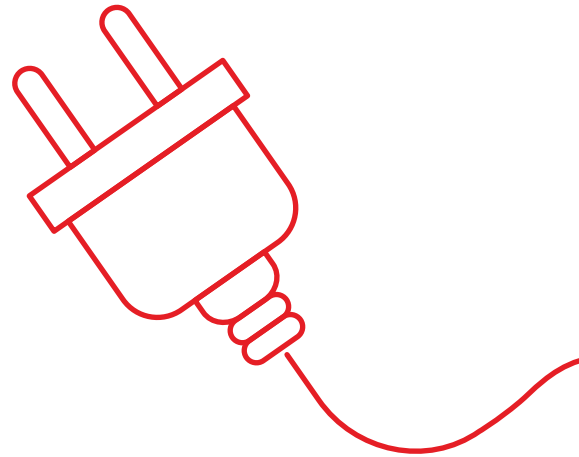
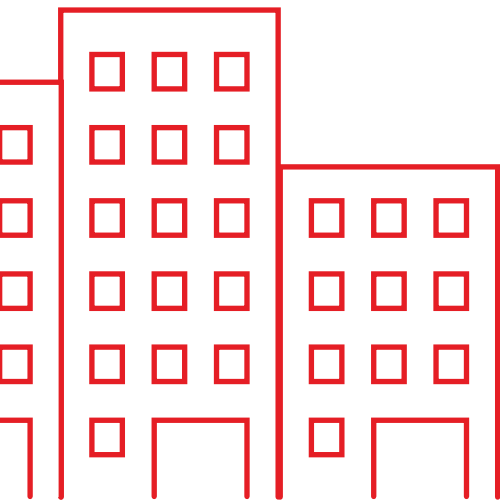




**Mehr Leben,
Weniger Kosten.**



KURZ UND BÜNDIG

Die Linke

Kurzwahlprogramm

Kommunalwahl 2026

Wir merken doch jeden Tag, dass etwas nicht stimmt: Die Mieten steigen, Einkäufe werden teurer und Busse fahren zu selten. Schulen, Krankenhäuser und viele Kommunen sind kaputtgespart worden, während große Konzerne und Reiche immer mehr Gewinne machen. Gleichzeitig werden Menschen gegeneinander ausgespielt, statt die echten Probleme anzugehen.

Wir wollen eine Politik, die sich um die Mehrheit kümmert. Eine Politik, die dafür sorgt, dass Wohnen bezahlbar bleibt, gute Bildung und Gesundheitsversorgung für alle da sind und niemand Angst vor Armut haben muss. Wir wollen starke Städte und Dörfer, gute Arbeit mit fairen Löhnen und eine Gesellschaft, in der Menschen zusammenhalten statt ausgegrenzt zu werden.

Klimaschutz darf nicht auf dem Rücken der Menschen passieren. Mobilität, Energie und öffentliche Angebote müssen bezahlbar und für alle erreichbar sein. Demokratie bedeutet für uns, dass Menschen wirklich mitentscheiden können und gehört werden.

Wir stehen für Solidarität statt Konkurrenz, für Frieden statt Aufrüstung und für eine Gesellschaft, in der alle Menschen sicher und selbstbestimmt leben können.

Damit Wohnen bezahlbar bleibt



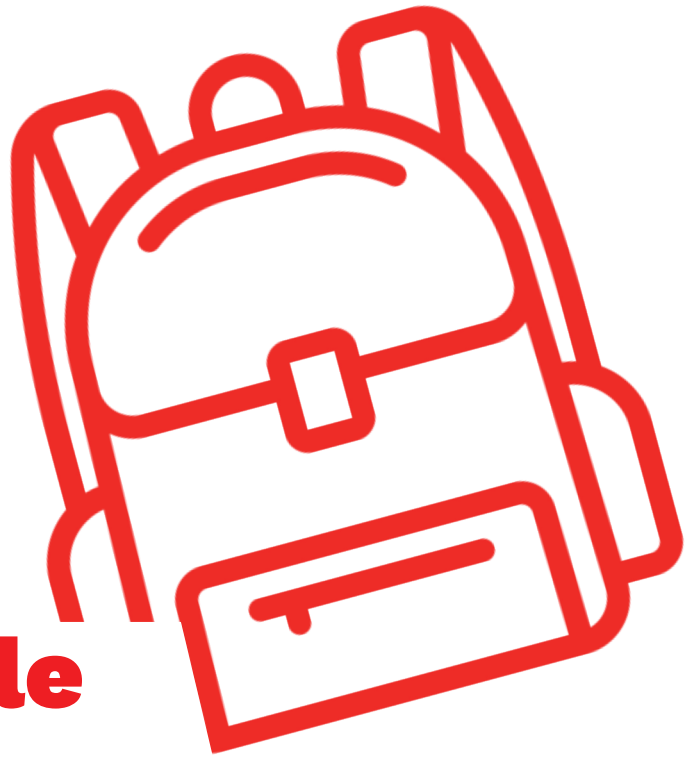
Wohnen ist ein Menschenrecht – keine Ware. Trotzdem steigen die Mieten immer weiter, während bezahlbare Wohnungen fehlen und Immobilienkonzerne hohe Gewinne machen. Gleichzeitig stehen viele Wohnungen leer.

Wir wollen mehr kommunale und genossenschaftliche Wohnungen bauen und dauerhaft bezahlbar halten. Große Wohnungskonzerne sollen stärker reguliert werden.

Wir wollen gegen Leerstand, Zweckentfremdung und überhöhte Mieten vorgehen. Energetische Sanierungen dürfen nicht zu höheren Mieten führen.

Niemand soll seine Wohnung verlieren, weil das Geld fehlt. Wir wollen Wohnungslosigkeit bekämpfen und Städte und Gemeinden schaffen, in denen alle Menschen gut und bezahlbar leben können.

Gerechte Bildung für alle



Noch immer hängt Bildung in Deutschland stark vom Geldbeutel der Eltern ab. Marode Schulen, fehlendes Personal und steigende Kosten verschlechtern die Chancen vieler Kinder und Jugendlicher: besonders im ländlichen Raum.

Wir wollen ein Bildungssystem, das allen die gleichen Chancen bietet: von der Kita bis zur Ausbildung. Bildung muss kostenlos, gut ausgestattet und für alle zugänglich sein.

Dafür braucht es mehr Kitaplätze, bessere Arbeitsbedingungen und genügend Fachkräfte. Schulen müssen modern ausgestattet werden und genug Personal haben.

Kostenfreie Lernmittel, gutes Essen in Kitas und Schulen sowie eine verlässliche Schülerbeförderung sollen selbstverständlich sein. Auch kleine Schulen und Bildungsangebote auf dem Land müssen erhalten bleiben.



Gesundheit und Daseinsvorsorge

Gesundheit ist ein Menschenrecht. Doch Klinikschließungen, Personalmangel und Profitorientierung verschlechtern die Versorgung. Das sehen wir besonders hier im Emsland. Gleichzeitig arbeiten viele Beschäftigte im Gesundheitswesen am Limit.

Wir wollen ein Gesundheitssystem, das sich an den Menschen orientiert statt am Profit. Alle sollen unabhängig vom Einkommen Zugang zu guter medizinischer Versorgung haben.

Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sollen in öffentlicher Hand bleiben. Gesundheitszentren vor Ort sollen Versorgung, Beratung und Prävention verbessern.

Pflege braucht mehr Personal, bessere Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung. Auch psychische Gesundheit muss stärker unterstützt werden – mit mehr Therapieplätzen und niedrigschwelligen Hilfsangeboten.

Wir setzen auf Hilfe statt Ausgrenzung, auch in der Drogenpolitik. Geburtshilfe muss wohnortnah, sicher und selbstbestimmt möglich sein.



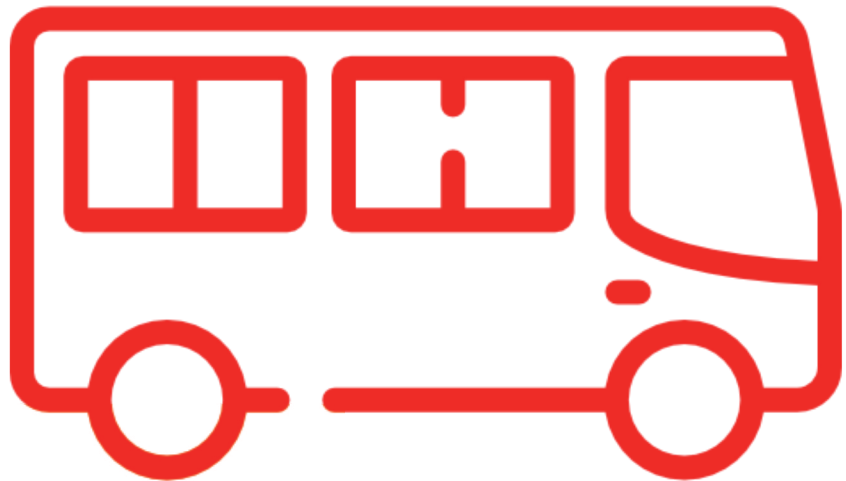
Arbeit, Wirtschaft und Finanzen

Kommunen schaffen Arbeitsplätze, bauen Infrastruktur und sorgen für wichtige öffentliche Angebote. Doch viele Städte und Gemeinden haben zu wenig Geld, um ihre Aufgaben gut zu erfüllen.

Wir wollen eine Wirtschaftspolitik, die sich am Gemeinwohl orientiert statt am Profit. Gute Arbeit mit fairen Löhnen und Tarifbindung muss auch in kommunalen Betrieben selbstverständlich sein.

Energie, Wasser und Abfallversorgung gehören in öffentliche Hand. Öffentliche Dienstleistungen dürfen nicht kaputtgespart oder privatisiert werden.

Kommunen brauchen eine verlässliche Finanzierung, damit sie in Bildung, soziale Angebote und Infrastruktur investieren können. Gleichzeitig wollen wir regionale Betriebe, Genossenschaften und lebendige Innenstädte und Dörfer stärken.



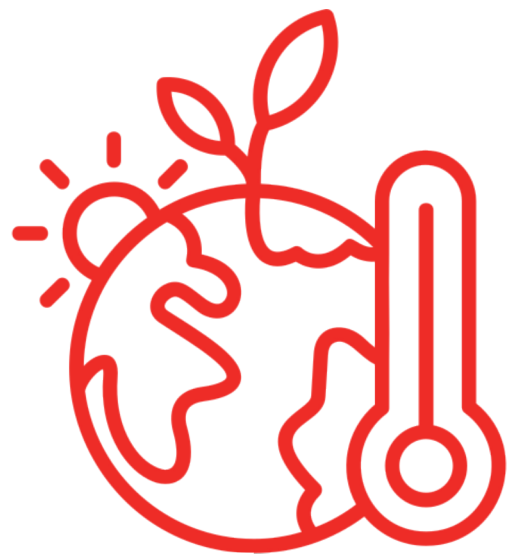
Mobilität für alle

Mobilität ist wichtig für Teilhabe im Alltag. Doch hohe Preise und ein schlechter Ausbau von Bus und Bahn, besonders im ländlichen Raum, machen es vielen Menschen schwer, mobil zu sein.

Wir wollen eine Verkehrspolitik, die allen Menschen sichere, bezahlbare und klimafreundliche Mobilität ermöglicht. Bus und Bahn sollen dabei im Mittelpunkt stehen.

Der öffentliche Nahverkehr soll schrittweise kostenlos werden, beginnend für Menschen mit wenig Geld, Schüler*innen und Senior*innen. Gleichzeitig müssen Bus- und Bahnverbindungen deutlich besser ausgebaut werden, vor allem außerhalb der Städte.

Auch Fuß- und Radverkehr sollen sicherer und besser werden. Städte und Gemeinden sollen so gestaltet werden, dass Menschen sich sicher und bequem ohne Auto bewegen können.



Klima, Umwelt und Landwirtschaft

Klimakrise, Artensterben und hoher Ressourcenverbrauch stellen Städte und Gemeinden vor große Aufgaben. Vor Ort wird entschieden, ob Klimaschutz wirklich umgesetzt wird.

Wir wollen eine sozial gerechte ökologische Politik, in der Natur, Wasser und Energie als Gemeingüter geschützt werden. Klimaschutz darf nicht von Konzernen bestimmt werden, sondern muss öffentlich gestaltet sein.

Die Energiewende soll erneuerbar, dezentral und in öffentlicher oder genossenschaftlicher Hand stattfinden. Natur- und Artenschutz sollen gestärkt werden, etwa durch mehr Grünflächen, weniger Versiegelung und besseren Schutz von Lebensräumen.

Auch Landwirtschaft und Ernährung sollen nachhaltiger werden. Dabei sollen regionale Betriebe und gesunde, regionale Verpflegung unterstützen. Eine Kreislaufwirtschaft soll helfen, Ressourcen zu sparen und Abfall zu vermeiden.



Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Zusammenhalt entsteht durch Teilhabe, nicht durch Kürzungen. Armut, Ausgrenzung und soziale Ungleichheit schwächen das Miteinander.

Wir wollen ein Emsland, in der alle Menschen unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Lebenslage gleichberechtigt teilhaben können.

Dafür braucht es mehr soziale Infrastruktur, weniger Hürden beim Zugang zu Leistungen und gute Angebote gegen Armut und Isolation.

Demokratie soll durch Beteiligung über Wahlen hinaus gestärkt werden, etwa durch Jugend- und Bürgerbeteiligung.

Gleichstellung, Antidiskriminierung, Inklusion und eine offene Migrationspolitik sollen das Zusammenleben stärken. Kultur, Sport und digitale Teilhabe müssen für alle zugänglich sein.



Nie wieder Krieg und Faschismus

Rechte Gewalt und Rassismus sind eine reale Gefahr für die Demokratie. Sie entstehen auch durch soziale Unsicherheit und gesellschaftliche Spaltung.

Wir wollen eine Kommune, die Demokratie stärkt, Betroffene schützt und rechten Strukturen klar entgegentritt.

Dazu gehören Unterstützung für Betroffene rechter Gewalt, klare Anti-Rassismus-Arbeit und gute Prävention in Bildung und Gesellschaft.

Erinnerungskultur soll gestärkt werden, um die Lehren aus dem Faschismus sichtbar zu halten. Kommunen sollen außerdem klar für Frieden und gegen Militarisierung stehen.

Am 13.9.



Die Linke Emsland
Ludwigstraße 42
49809 Lingen (Ems)

kontakt@dielinke-emsland.de
V. i. S. d. P. Ferry Marquardt



www.dielinke-emsland.de